

Kurzprotokoll der Oktobersession 1998

- [Übersicht](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Finanz- und Investitionsvorlagen](#)
- [Wahlen](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)

Übersicht

Am Montagnachmittag und am Dienstag, dem 19. und 20. Oktober, und am Montag und Dienstag, dem 26. und 27. Oktober 1998, fand unter dem Vorsitz von Rosie Bitterli Mucha, eine Session des Grossen Rates statt. Anschliessend an die Sitzung vom Dienstagnachmittag, 20. Oktober, gedachte der Rat an einer Jubiläumsveranstaltung der Gründung des schweizerischen Bundesstaates vor 150 Jahren.

Hauptgeschäfte der Session waren der Staatsvoranschlag für das Jahr 1999, dem der Grosse Rat weitgehend gemäss dem Entwurf des Regierungsrates zustimmte, der Finanzplan 1999–2003, von dem er Kenntnis nahm, sowie die 1. Beratung der Totalrevision des Erziehungsgesetzes. Zudem beschloss der Rat nach 2. Beratung ein neues Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen. Mit Grossratsbeschlüssen genehmigte er ferner die Verteilung der Grossratsmandate auf die sechs Grossratswahlkreise, die Staatsbeiträge an das Verkehrshaus der Schweiz für die Jahre 1999 bis 2002 und die Anpassung der Globalkredite 1998 der kantonalen Spitäler und Kliniken. Weiter nahm er Kenntnis von den Geschäftsberichten der Landwirtschaftlichen Kreditkasse und der Familienausgleichskasse, genehmigte die Geschäftsberichte der Luzerner Kantonalbank und der Gebäudeversicherung und bestellte drei Kommissionen zur Vorberatung von Entwürfen eines Grossratsbeschlusses, eines Dekrets und einer Gesetzesänderung.

Der Rat wählte ausserdem einen Untersuchungsrichter für Wirtschaftskriminalität und einen für organisierte Kriminalität und behandelte eine Petition und 33 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 14 parlamentarischen Vorstössen und von zwei Petitionen, deren eine der Petitionskommission (Vorsitz: Alex Bruckert, Luzern) und die andere der Spezialkommission Waldgesetz (Vorsitz: Robert Zemp, Dagmersellen) zur Vorberatung zugewiesen wurde. Von den 53 traktandierten Geschäften konnten vier parlamentarische Vorstösse nicht behandelt werden.

Rechtsetzung

Öffentliche Beschaffungen. Der Entwurf eines neuen Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 13. Februar 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 11 vom 14. März 1998, S. 681) wurde in 2. Beratung behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Adalbert Koch, Rothenburg) und mit 122 gegen 16 Stimmen gutgeheissen. Das neue Gesetz ist abgestimmt auf das übergeordnete Recht, das GATT/WTO-Übereinkommen und die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen sowie das eidgenössische Binnenmarktgesetz, und ersetzt das Submissionsgesetz von 1973. Es zielt in Richtung Öffnung und Liberalisierung der öffentlichen Märkte sowie auf transparente und straffe Vergabeverfahren. Das Gesetz (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 43 vom 24. Oktober 1998, S. 2610) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 23. Dezember 1998.

Erziehungsgesetz. Zum Entwurf einer Totalrevision des Erziehungsgesetzes gemäss Vorlage des

Regierungsrates vom 21. November 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 6. Dezember 1997, S. 3231) wurde die in der Septembersession begonnene 1. Beratung fortgesetzt (Kommission unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg). Das neue Rahmengesetz soll sechs verschiedene Bereichsgesetze umfassen. Davon liegen dem Grossen Rat das Gesetz über die Volksschulbildung, das Gesetz über die Gymnasialbildung und das Gesetz über die Berufs- und die Erwachsenenbildung im Entwurf vor. Der Entwurf des Regierungsrates sieht unter anderem vor, dass künftig die Höhe der Staatsbeiträge an die Gemeinden statt nach der Anzahl der Abteilungen (Beitrag an die Lehrerbesoldungen) nach der Anzahl der Schülerinnen und Schüler bemessen wird. Die 1. Beratung soll in der November-/Dezembersession fortgesetzt werden.

Grossratswahlkreise. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Verteilung der Grossratsmandate auf die sechs Grossratswahlkreise gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. Juni 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 31 vom 1. August 1998, S. 1905) wurde behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Armin Steiner, Root) und ohne Gegenstimme gutgeheissen. Nachdem in der Volksabstimmung die Stimmberechtigten der Verkleinerung des Grossen Rates auf 120 Mitglieder zugestimmt haben, legte der Grosse Rat die Sitzzahl je Wahlkreis entsprechend der schweizerischen Bevölkerung neu fest. Gemäss dem Grossratsbeschluss (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 43 vom 24. Oktober 1998, S. 2621) stehen Luzern-Stadt demnach neu 19 (bisher 28) Sitze zu, Luzern-Land 34 (bisher 48), Hochdorf 21 (bisher 29), Sursee 22 (bisher 30), Willisau 17 (bisher 24) und Entlebuch 7 (bisher 11).

Volksinitiative zur Krankenpflege-Grundversicherung. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Grossratsbeschlusses über die Volksinitiative des Grünen Bündnisses «Krankenpflege-Grundversicherung: Tragbare Prämien für alle» gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 1. September 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 39 vom 26. September 1998, S. 2368) wurde eine Kommission mit 15 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Ruedi Schmidiger, Hasle, bestellt.

Verzicht auf weitere Grosshof-Neubauten. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Dekrets betreffend das Projekt für Neubauten auf dem Grosshofareal in Kriens gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 1. September 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 39 vom 26. September 1998, S. 2369) wurde eine Kommission mit 15 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Adalbert Koch, Rothenburg, bestellt.

Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Zur Vorberatung des Entwurfs einer Änderung des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 22. September 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 41 vom 10. Oktober 1998, S. 2491) wurde eine Kommission mit 21 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Fritz Bösiger, Ufhusen, bestellt.

Finanzvorlagen

Staatsvoranschlag 1999. Der Entwurf des Voranschlags 1999 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. August 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 12. September 1998, S. 2248) wurde behandelt (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Martin Schällebaum, Luzern) und gutgeheissen. Der genehmigte Staatsvoranschlag 1999 weist in der Laufenden Rechnung einen Fehlbetrag von rund 16,5 Millionen Franken auf, während sich in der Investitionsrechnung Nettoinvestitionen von rund 187,6 Millionen Franken ergeben (ohne Darlehensgeschäfte). Der Finanzierungsfehlbetrag in der Gesamtrechnung beläuft sich auf rund 40,8 Millionen Franken (ohne Darlehensgeschäfte), der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 77,2 Prozent. Der Steuerfuss von 1,90 Einheiten bleibt 1999 unverändert.

Finanzplan 1999–2003. Der Finanzplan des Kantons Luzern 1999–2003 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. August 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 12. September 1998, S. 2247) wurde behandelt (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Martin Schällebaum, Luzern) und zur Kenntnis genommen.

Beiträge an das Verkehrshaus. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Staatsbeiträge an das Verkehrshaus der Schweiz für die Jahre 1999 bis 2003 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. Juni 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 31 vom 1. August 1998, S. 1905) wurde behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Hugo Fessler, Luzern) und gutgeheissen. Der Rat genehmigte mit dem Beschluss (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 43 vom 24. Oktober 1998, S. 2623) einen Rahmenkredit von insgesamt 2,7 Millionen Franken für die Jahre 1999 bis 2003. Er wird zu Anteilen von einmal 500 000 (1999) und viermal 550 000 Franken dem jeweiligen Budgetjahr belastet.

Globalkredite der kantonalen Spitäler und Kliniken. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Anpassung der Globalkredite 1998 der kantonalen Spitäler und Kliniken gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 25. August 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 39 vom 26. September 1998, S. 2379) wurde behandelt (Spitalkommission unter dem Vorsitz von Herbert Widmer, Luzern) und gutgeheissen. Die Anpassung der Globalkredite 1998 für die Luzerner Spitäler und Kliniken gemäss Grossratsbeschluss (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 43 vom 24. Oktober 1998, S. 2622) wurde nötig, nachdem der Bundesrat die Tagestaxen in einer Höhe festgelegt hat, die es den Spitälern verunmglich, durch die Erträge aus den Tagestaxen den budgetierten Kostendeckungsgrad von 50 Prozent zu erreichen.

Wahlen

Untersuchungsrichteramt. Der Grosse Rat wählte

- Max Gauglitz, Luzern, als Untersuchungsrichter für Wirtschaftskriminalität,
- Adolf Achermann, Meggen, als Untersuchungsrichter für organisierte Kriminalität.

Motionen

Erheblich erklärt wurde die Motion M 71 von Josef Wermelinger, Hitzkirch, über den Ausbau der Kantonsschule Hochdorf zu einer Maturitätsschule.

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 274 von Beatris Stadler, Luzern, über eine gemeinsame Orientierungsstufe (Sekundarstufe 1),
- M 523 von Cornelius Mller, Hitzkirch, über die Einführung der Kurzzeitgymnasien im Kanton Luzern,
- M 121 von Regula Roth, Luzern, über die Ausbildungszulagen im Rahmen des Gesetzes über die Familienzulagen,
- M 345 von Louis Schelbert, Luzern, über bessere Kinderzulagen für teilzeitlich Beschäftigte,
- M 433 von Rosemarie Stocker, Adligenswil, über eine Frauen-Verträglichkeitsprüfung bei den öffentlichen Finanzen

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 484 von Ruedi Schmidiger, Hasle, über Kostensenkungen von Büro- und Lagermieten, inkl. Betriebs- und Unterhaltskosten,
- P 486 von Hugo Fessler, Luzern, über die neue Seetalbahn-Haltestelle "Open air Eschenbach",
- P 485 von Adrian Borgula, Luzern, über die Förderung der gestaltenden Naturschutztatigkeit im Luzerner Mittelland, von Otto Elmiger, Hochdorf, über die Änderung des Gesetzes über die

Familienzulagen bezüglich des Umfangs der Anspruchsberechtigung der im Ausland wohnhaften Kinder (als M 467 eingereicht),

- P 539 von Otto Elmiger, Hochdorf, über die Einführung des Englischunterrichts an den Sekundarschulen des Kantons Luzern,
- P 473 von Verena Kleeb, Ebersecken, über die spezifische Förderung von Frauen für Leitungsfunktionen.

Teilweise erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Louis Schelbert, Luzern, über einen Bericht in Sachen Verkehr und Umwelt angesichts der drohenden 40-Tönnner-Lawine (als M 472 eingereicht),
- von Rosemarie Stocker, Adligenswil, über Überstunden bei Angestellten des Kantons Luzern (als M 432 eingereicht).

Abgelehnt wurden die Postulate

- P 536 von Christa Stocker, Luzern, über die Einführung von Tempo 80 auf der A2,
- P 509 von Alex Bruckert, Luzern, über die Stundendotation Wirtschaft und Recht in der neuen Wochenstundentafel (WOST).

Interpellationen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 538 von Walter Stucki, Emmen, über die Kostenbeteiligung der Krankenversicherer,
- I 413 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Zukunft der Untergymnasien,
- I 503 von Vreni Sager, Menznau, über die Zukunft von Kurzzeit- und Langzeitgymnasien,
- I 471 von Louis Schelbert, Luzern, über die Verbesserung der Luftqualität im Kanton Luzern,
- I 521 von Rudolf Bürgi, Luzern, über Tempo 80 auf den Autobahnen rund um Luzern,
- I 422 von Christa Stocker, Luzern, über den Ausbau des Radwegs zwischen Gisikon und Rotkreuz,
- I 481 von Adolf Koller, Ruswil, über die Abwärmenutzung der Transitgas-Pumpstation in Ruswil,
- I 499 von Gody Studer, Escholzmatt, über die Investitionshilfen für landwirtschaftliche Hochbauten,
- I 568 von Gody Studer, Escholzmatt, über die Beitragskürzungen vom Amt für Natur- und Landschaftsschutz mit den landwirtschaftlichen Vertragspartnern,
- I 500 von Rico De Bona, Littau, über die Luzerner Armutsstudie,
- I 450 von Walter Stucki, Emmen, über die Ausrichtung von Kinderzulagen an Arbeitnehmerinnen und -nehmer mit Hauptwohnsitz (Wohnsitz der Kinder) im Ausland,
- I 501 von Peter Zai, Luzern, über die Umsetzung der Lebensmittelverordnung im Bereich Kühltemperaturen,
- I 543 von Hans Peter Pfister, Eich, über das Controlling im Fall ARBAL,

- I 573 von Othmar Sigrist, Geuensee, über die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden,
- I 510 von Alex Bruckert, Luzern, über die Zukunft der Luzerner Diplommittelschulen,
- I 531 von Marianne Moser, Hochdorf, über das misslungene Projekt der Active Learning Group (ALG), in der Kommende Hohenrain ein Seminarzentrum zu errichten,
- I 534 von Gody Studer, Escholzmatt, über das Angebot im Fach Musik an den zukünftigen Kurzzeitgymnasien mit musisch-pädagogischem Schwerpunkt.